

---

# Kompetenzbereiche der Politischen Bildung

Kernelemente politischer Bildungsarbeit

---



*„In einer Demokratie  
gehört es zu den Bildungsaufgaben der Schule,  
alle Menschen zur Teilhabe  
am öffentlichen Leben zu befähigen.“*  
GPJE

*Der Entwurf von Bildungsstandards für politische Bildung betont die Kontinuität der Kompetenzentwicklung in unserem Fach. Als Qualitätsmerkmal Politischer Bildung gehört dazu nach einheitlicher Auffassung von Prof. Dr. Peter Massing (Berlin), Prof. Dr. Wolfgang Sander (Gießen), Prof. Dr. Joachim Detjen (Eichstätt), Prof. Dr. Hans-Werner Kuhn (Freiburg), Prof. Dr. Dagmar Richter (Braunschweig) und Prof. Dr. Georg Weißenroth (Karlsruhe) die Entwicklung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit, ohne dabei das Recht der Schüler auf individuelle politische Meinungs- und Urteilsbildung einzuschränken (siehe auch die Vereinbarungen des „Beutelsbacher Konsens“ von 1976).*

Politische Bildung an Schulen fördert bei jungen Menschen die Fähigkeit, sich in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft angemessen zu orientieren, auf einer demokratischen Grundlage politische Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen und sich in öffentlichen Angelegenheiten zu engagieren. Das Ziel politischer Mündigkeit anstrebt, knüpft der Politikunterricht an bereits vorhandene Fähigkeiten an, zielt auf deren Erweiterung und qualitative Verbesserung ab. Diese Kompetenzentwicklung interagiert in drei Bereichen:

<b>Konzeptuelles Deutungswissen</b>	
<b>A) Politische Urteilsfähigkeit</b> Politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sach- und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen können	<b>B) Politische Handlungsfähigkeit</b> Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen können
<b>C) Methodische Fähigkeiten</b> Sich selbstständig zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können	

*Anmerkung: Kompetenzspezifische Erläuterungen auf den folgenden Seiten*

Die Kompetenzbereiche politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und methodische Fähigkeiten stehen nicht unvermittelt nebeneinander, sondern müssen in ihren wechselseitigen Zusammenhängen gesehen werden. Ferner müssen die Kompetenzbereiche in ihrem Zusammenhang mit Wissen über Politik gesehen werden. Wissensvermittlung ist in der Politischen Bildung kein Selbstzweck, sondern auf die Entwicklung von Kompetenzen in den Kompetenzbereichen bezogen. Gemeint ist die Wissenserweiterung beim Schüler, die die Vorstellungen und Wahrnehmungen von Politik strukturiert. Der Erwerb von Kenntnissen und Einzelaspekten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens reichen also nicht aus. Zentral für die Politische Bildung ist vielmehr solches Deutungswissen, das Schülern den Sinngehalt und die innere Logik von Institutionen, Ordnungsmodellen und Denkweisen der Sozialwissenschaften – einschließlich der wesentlichen damit verbundenen Kontroversen erschließt.

Ein Übersetzungsangebot: In einem Gespräch über Politik, über das Modell der repräsentativen Demokratie, ist es weniger wichtig, die Zahl der Mitglieder des Bundestages und die Stärke der Fraktionen zu kennen, als auf Basis von eingeholten Informationen zu verstehen, was der Sinn eines Parlaments in einer repräsentativen Demokratie ist, aus welchen Gründen es Parteien und Fraktionen überhaupt gibt, aber auch, welche Einwände gegen ein ausschließlich repräsentatives Demokratiemodell in Konfrontation mit anderen Sichtweisen vorgebracht werden.

(Beitrag der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE, Prof. Dr. Peter Massing (Berlin), Prof. Dr. Wolfgang Sander (Gießen), Prof. Dr. Joachim Detjen (Eichstätt), Prof. Dr. Hans-Werner Kuhn (Freiburg), Prof. Dr. Dagmar Richter (Braunschweig) und Prof. Dr. Georg Weißeno (Karlsruhe)): Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen – Ein Entwurf, erschienen im Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts, 2. Aufl. 2004 sowie unter [http://www.ku-eichstaett.de/Fakultaeten/GGF/fachgebiete/Politikwissenschaften/Politikwissenschaft\\_III/links/HF\\_sections/content/Bildungsstandards.pdf](http://www.ku-eichstaett.de/Fakultaeten/GGF/fachgebiete/Politikwissenschaften/Politikwissenschaft_III/links/HF_sections/content/Bildungsstandards.pdf), zusammengefasst und gekürzt von W. Müller)

---

## Politische Urteils- und Handlungsfähigkeit

Erläuterungen zur Fachkompetenz der politischen Bildung

---



### A) Politische Urteilsfähigkeit

Urteile sind Aussagen über Menschen und Sachverhalte. Idealtypisch lassen sich zwei grundlegende Urteilstypen unterscheiden: konstatierende bzw. analytische Urteile (Sachurteile) sowie qualifizierende bzw. normative Urteile (Werturteile). Mit Sachurteilen werden Feststellungen getroffen sowie Schlussfolgerungen bzw. Interpretationen über Ereignisse, Fragen, Probleme oder Konflikte aus der politischen Öffentlichkeit, aus Wirtschaft und Gesellschaft vorgenommen. Mit Werturteilen werden Ereignisse, Fragen, Probleme oder Konflikte nach ethisch-moralischen Gesichtspunkten beurteilt. Ist der Gegenstand dieses Urteils eine Entscheidungssituation, dann sind normative Urteile häufig präskriptiv. Das Urteil beinhaltet dann die Aufforderung, dass etwas getan oder unterlassen werden soll. In konkreten politischen Urteilen sind Sach- oder Wertaspekte häufig miteinander verknüpft. Unterschiedliche Interpretationen der Wirklichkeit, divergierende Wertauffassungen und verschiedener Entscheidungsoptionen bewirken eine Vielfalt politischer Urteile.

Kompetenzentwicklung im Bereich von politischen Urteilen ist in besonderer Weise mit der Schwierigkeit konfrontiert, Kompetenzzuwächse in einer Weise zu beschreiben, die das Grundrecht der Schüler auf Meinungsfreiheit nicht einschränkt. Bei der Beurteilung von Leistungen ist deshalb bei der Bewertung von politischen Urteilen äußerste Vorsicht geboten; solche Bewertungen können sich allenfalls auf formale Anforderungen – wie innere Widerspruchsfreiheit – und auf den Grad der Komplexität in der Begründung, nicht aber auf die inhaltliche Position selbst beziehen. Kompetenzentwicklung im Bereich von Sachurteilen zielt auf die zunehmende Fähigkeit, sich einen Sachverhalt zu vergegenwärtigen, d.h. Wesentliches von Unwesentlichen zu unterscheiden und den Sachverhalt strukturiert wiederzugeben zu können, sowie das Urteil auf eine politische Analyse zu gründen. Darüber

hinaus zielt die Kompetenzentwicklung darauf, die Argumentation bei der Begründung des Urteils zu differenzieren und auf sozialwissenschaftliche Deutungsmuster und Theorien zu beziehen. Im Bereich der Werturteile gilt es, die Maßstäbe so zu verallgemeinern, dass sie dem Anspruch nach für alle Menschen gelten können und nicht nur den Interessen einzelner Gruppen entsprechen. Eine solche universale Perspektive entspricht auch den Wertgrundlagen moderner freiheitlicher Verfassungsstaaten, die von der Vorstellung unveräußerlicher Rechte, die allen Menschen zustehen, ausgehen.

Schüler werden zu Lerngegenständen der politischen Bildung in aller Regel schon politische Urteile mitbringen, die häufig noch wenig differenziert sind. Im Unterricht geht es darum, solche Urteile durch die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven (z.B. von verschiedenen Akteuren und von Politik Betroffenen) durch die Konfrontation mit anderen Sichtweisen aus der Öffentlichkeit sowie mit Ergebnissen und Perspektiven der Sozialwissenschaften zu erweitern, zu differenzieren und einen Komplexitätszuwachs in der Begründung des politischen Urteils zu ermöglichen. Hierbei fördert die politische Bildung vor allem folgende Fähigkeiten:

- Die Bedeutung politischer Entscheidungen für das eigene Leben erkennen;
- Komplexe politische Sachverhalte strukturiert wiedergeben und dabei zentrale Aspekte identifizieren;
- Politische Phänomene unter verschiedenen Dimensionen betrachten, insbesondere unter dem Aspekt der jeweiligen inhaltlichen Ziele und Gegenstände (policy: Inhalt), dem Aspekt der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen (polity: Form) sowie unter dem Aspekt der Machtverhältnisse und Durchsetzungschancen für unterschiedliche Positionen (poitics: Prozess):

- Folgen und Nebenfolgen politischer Entscheidungen reflektieren, also nach möglichen, insbesondere auch nach unbeabsichtigten Wirkungszusammenhängen fragen;
- Politische Entscheidungen und Entscheidungsalternativen in ihren Verflechtungen mit sozialen Systemen außerhalb des politischen Systems sehen, insbesondere mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- Aktuelle politische Kontroversen auf mögliche Zusammenhänge mit Problemlagen hin analysieren, die aller Voraussicht nach über die Tagesaktualität hinaus von einer mittel- und längerfristigen Bedeutung für politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen sind;
- Die Beurteilung konkreter Gegenstände aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht im Zusammenhang mit grundlegenden Menschen- und Politikbildern, mit Theorien und Modellen des menschlichen Zusammenlebens sehen und die eigenen Vorstellungen hierzu in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen aus Geschichte und Gegenwart des politischen Denkens entwickeln;
- Politische Sachverhalte, Probleme und Entscheidungen in Beziehung setzen zu den Grundwerten demokratischer Systeme und kritisch reflektieren;
- Die Logiken und Mechanismen medialer Politikinszenierung entschlüsseln.

### **Politische Handlungsfähigkeit**

In der politischen Bildung werden praktische Fähigkeiten entwickelt und trainiert, die für die Teilnahme an der politischen Öffentlichkeit sowie für eine aktive, selbstbewusste Teilnahme am Wirtschaftsleben und für sicheres Auftreten in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen erforderlich sind. Hierbei werden im Fach insbesondere folgende Fähigkeiten gefördert:

- Eigene politische Meinungen und Urteile – auch aus einer Minderheitenposition heraus – sachlich überzeugend vertreten;
- In politischen Kontroversen konfliktfähig zu sein, aber auch Kompromisse schließen zu können;
- Beiträge zu politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen für Medien realisieren, vom Leserbrief über die Website bis zu komplexeren Medienprodukten;
- Sich als Konsument im Hinblick auf eigene ökonomische Entscheidungen reflektiert verhalten;
- Sich im Sinne von Perspektivenwechseln in die Situation, Interessen und Denkweisen anderer Menschen versetzen;
- Mit kulturellen, sozialen und geschlechtsspezifischen Differenzen reflektiert umgehen, was Toleranz und Offenheit, aber auch kritische Auseinandersetzung einschließen kann;
- Eigene berufliche Perspektiven auch vor dem Hintergrund gesamtwirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen planen;
- Möglichkeiten der Interessenswahrnehmung in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen kennen und seine Interessen vor allem in schulischen Zusammenhängen wahrnehmen;
- Sich in unterschiedlichen sozialen Situationen und in der Öffentlichkeit angemessen und wirkungsvoll verhalten.

### **Methodische Fähigkeiten**

Ein großer Teil der methodischen Fähigkeiten, die in der politischen Bildung sowohl benötigt als auch trainiert werden, sind nicht ausschließlich fachbezogen, sondern auch für andere Fächer von Bedeutung. Hierzu gehören etwa Lesekompetenz, Zeitplanung und Selbstorganisation, die Fähigkeit unterschiedliche Sozialformen (wie Gruppen- und Partnerarbeit) und Arbeitstechniken (z.B. Schaubilder und Karikaturen interpretieren, Präsentationstechniken, (Netz-)Recherche) zu nutzen sowie die Fähigkeit zur Planung und Realisierung komplexer, projektartiger Arbeitsvorhaben in Gruppen oder die generelle Fähigkeit zur gezielten Nutzung von Medien. Fachspezifische methodische Fähigkeiten werden vor allem durch die fachbezogene Interpretation von Texten und anderen Medienprodukten aus der politischen Publizistik sowie gezielte, kriteriengeleitete Beobachtungen, Interviews und kleine Erhebungen mit Fragebögen entwickelt.

(Beitrag der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE, Prof. Dr. Peter Massing (Berlin), Prof. Dr. Wolfgang Sander (Gießen), Prof. Dr. Joachim Detjen (Eichstätt), Prof. Dr. Hans-Werner Kuhn (Freiburg), Prof. Dr. Dagmar Richter (Braunschweig) und Prof. Dr. Georg Weißeno (Karlsruhe)):

Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen – Ein Entwurf, erschienen im Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts, 2. Aufl. 2004, S. 15-18)

(ergänzende Ausführungen zur Kompetenzentwicklung in der Politischen Bildung finden Sie auch in der Fachdidaktik von W. Sander, *Politik entdecken – Freiheit leben*, 2. überarb. Auflage 2007, 71-108)